



Weltweit:

- die Hälfte der Menschheit ist weiblich
- Frauen **leisten 70 Prozent** aller Arbeitsstunden
- Frauen verfügen über **10 Prozent** des Einkommens
- Frauen **besitzen** nur **1 Prozent** des Vermögens¹

Zum Internationalen Frauentag und zum Equal Pay Day fordern Frauen eine gerechte Zukunft:

Die Hälfte des Himmels und die Hälfte der Erde gehören uns!

Gespaltene Gesellschaft: Bundesregierung schön Armutsbericht

Im September 2012 wurde der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vorgestellt². Fazit: Die Privatvermögen in Deutschland sind ungleich verteilt. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen verfügen über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, während der unteren Hälfte der Haushalte gerade mal ein Prozent bleibt. Das heißt, obwohl wir in einem der reichsten Länder der Welt leben, können nur wenige an diesem Wohlstand teilhaben.

Die Studie zeigt aber auch, dass in keinem anderen Industrieland die soziale Durchlässigkeit nach oben so gering ist wie in Deutschland. Damit ist gemeint, dass Armut sozial „vererbt“ wird. Das geschieht nicht durch die direkte Weitergabe, bzw. das Fehlen materieller Güter, sondern durch ungleiche Bildungs- und Aufstiegschancen.

In der erwähnten ersten Veröffentlichung des Armuts- und Reichtumsberichts vom September 2012 war noch zu lesen, dass die Lohnentwicklung im Einkommensbereich der oberen zehn Prozent gestiegen ist, während bei den unteren Lohngruppen das Nettoeinkommen in den vergangenen zehn Jahren um zwei Prozent geschrumpft und die Einkommensspreizung weiter zugenommen hat. Es wurde als kritisch betrachtet, dass für manche alleinstehende Eltern ein Vollzeitjob nicht für die Sicherung ihres Lebensunterhalts ausreicht. Von alledem war zwei Monate später im „aufgehübschten“ Armuts- und Reichtumsbericht nichts mehr zu lesen. Abgeschminkt war im „überarbeiteten“ Bericht auch die Tatsache, dass im Jahr 2010 in Deutschland mehr als vier Millionen Menschen für weniger als sieben Euro brutto pro Stunde gearbeitet haben.³

¹ Zur Situation der Frauen weltweit

Zahlen und Fakten: http://www.welthaus.at/data/zugast/tansania/situation_weltweit.pdf

² 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/kontroverses--das-aktuelle-thema-neue-armut-in-deutschland.html#berichte-der-bundesregierung1256>

³ NN: Bundesregierung schön Armutsbericht in Zeit Online-Wirtschaft, 28.11.2012



Es scheint kein Zufall zu sein, dass Deutschland in diesen Wochen konsequent auf den letzten Plätzen landet, wenn in vergleichenden Studien die soziale Situation beleuchtet wird. Wirtschaftlich sei Deutschland ein Musterschüler, in Sachen Sozialkompetenz jedoch ein Komplettversager⁴.

Im Vergleich mit 34 OECD-Staaten⁵ liegt Deutschland nur auf Platz fünfzehn was die Themen Armutsvermeidung, Bildungszugang, sozialer Zusammenhalt und Generationengerechtigkeit angeht. Angeführt wird der Gerechtigkeitsindex von den nordeuropäischen Staaten wie Island, Schweden, Dänemark und Finnland. Schlusslicht ist die Türkei. Was das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen betrifft, liegt Deutschland sogar auf dem drittschlechtesten Platz. Die Studie⁶ hat die wachsende soziale Kluft in Deutschland bestätigt und auf folgende Aussage zugespitzt: Deutschland hat ein Verteilungs- und ein Gerechtigkeitsproblem.

Der Armuts- und Reichtumsbericht hat zu einem bundesweiten Aufschrei geführt. Von Gerechtigkeitsdefiziten war die Rede und die Mehrheit der Deutschen empfindet die entstandene soziale Schieflage als zutiefst ungerecht.

Selbst verschuldet sagen die neoliberal Gesinnten. „Umfairteilung“ fordern Kirchen und Gewerkschaften. Mehr Wachstum verlangt die Industrie. Spötter behaupten dagegen, dass wir bereits genug Wachstum hätten: Während oben der Reichtum wächst, wächst unten die Armut. Und in der gesellschaftlichen Mitte wächst das Misstrauen. Das Misstrauen gegenüber einer Politik, die nicht in der Lage ist eine gerechte Gesellschaft zu schaffen⁷.

Noch vor Jahrzehnten galt es als Konsens: Wer fleißig ist, kann seine Lebenslage verbessern. Das sehen in der Zwischenzeit viele Arbeitnehmerinnen⁸ anders. Allen voran Pflegende, Erzieherinnen und Hebammen. Obwohl Fleiß und berufliche Qualifikationen mitgebracht werden, bleibt das Einkommen in der Nähe des Mindestlohns.

Leistung sagen andere, sei der Hebel zum finanziellen Wohlstand. Aber auch diesem Gedanken widersprechen die eben genannten Berufsgruppen. Frauen in Sozial- und Gesundheitsberufen wissen, dass sie im Gegensatz zu einem Fußballprofi oder einem Devisenhändler Leistungen erbringen, die den Fortbestand einer Gesellschaft garantieren und den sozialen Frieden sichern. Dennoch gehören sie zu den Verliererinnen.

⁴ Ulrike Heidenreich: *Deutschland ganz unten*, in *Süddeutsche.de*, 18. 12.2012

⁵ OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa

⁶ Studie der Bertelsmannstiftung: *Soziale Gerechtigkeit in der OECD - Wo steht Deutschland?*
http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33013_33014_2.pdf

⁷ *Deutschland ganz unten*. In: *Süddeutsche.de* vom 18. Dezember 2012 / OECD-Studie
<http://www.sueddeutsche.de/karriere/oecd-studie-deutschland-ganz-unten-1.1553035>

⁸ Der besseren Lesbarkeit wegen wird die weibliche Form verwendet, männliche Kollegen sind immer mit gemeint



Bei genauerem Hinsehen ist zu erkennen, dass in unserer Gesellschaft nicht die Leistung honoriert wird, sondern der sichtbare und zur Schau gestellte Erfolg. Gleichgültig ob der Erfolg sinnvoll oder destruktiv ist, wie bei riskanten Bankenspekulationen. Solange aber einzig dieser Erfolg als Messlatte dient, werden Hebammen, Erzieherinnen und Pflegendе zu den Verliererinnen gehören. Für 75 Prozent der Arbeitnehmerinnen ist es eine ernüchternde Erfahrung: Sie spielen nach den gesellschaftlichen Regeln und gehören dennoch zu den "Loosern". Das heißt, obwohl Deutschland eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt ist, kommt der geschöpfte Wert bei vielen Arbeitnehmerinnen nicht an. Das hat verschiedene Gründe.

Unter dem Einfluss neoliberalen Denkens ist die Sozialpartnerschaft in den letzten zehn Jahren massiv geschwächt worden. Dazu kommt eine Machtverschiebung zugunsten der Kapitalanleger und Investoren. Der Arbeitsmarkt ist völlig dereguliert worden, was sich am massiven Anstieg von Teilzeitstellen, Minijobs und Leiharbeit bei gleichzeitigem Lohndumping zeigt. Vielen Arbeitnehmerinnen wird dadurch die Teilhabe am Wirtschaftswachstum verweigert.

Auch in der Sozialpolitik sind gravierende Fehler gemacht worden, beispielsweise in Zusammenhang mit dem Arbeitslosengeld II, das weder zum Leben noch zum Sterben reicht⁹.

Was aber wäre gerecht? Oder welche Gerechtigkeit brauchen wir?

Beim Nachdenken über diese Fragen wird schnell deutlich, dass es keine einfachen Antworten gibt.

In Deutschland ist die Gerechtigkeitsdebatte wesentlich von der Idee beeinflusst, dass zu den Anforderungen an Gerechtigkeit eine möglichst faire Beteiligung derjenigen gehört, die von Entscheidungen betroffenen sind. Betroffene zu Beteiligten machen ist deshalb ein zentrales Motto dieser Idee. Die Möglichkeit zur Beteiligung sagt aber noch nichts darüber aus, ob Menschen dazu auch tatsächlich befähigt sind. Das heißt, ob sie beispielsweise die materiellen Mittel zur Verfügung haben oder die schulischen Voraussetzungen mitbringen, um sich zu beteiligen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Das heißt, neben der Beteiligungs- und Befähigungsgerechtigkeit (die immer auch Bildungsgerechtigkeit einschließt) braucht es aktuell eine Verteilungsgerechtigkeit – denn zur gesellschaftlichen Teilhabe gehört eine genügende finanzielle Ausstattung. Wenn Kinder nicht an einer Klassenfahrt teilnehmen können, weil die Eltern nicht 350 Euro für die Reise aufbringen können, dann bedeutet materielle Armut soziale Ausgrenzung. Das ist ein doppelter Skandal, wenn man die Gleichzeitigkeit bedenkt von ständig weiter wachsendem privaten Reichtum und der strukturellen Unterfinanzierung der öffentlichen Hand. Gerecht wäre daher also eine finanzielle Umverteilung, die der öffentlichen Hand die notwendige Handlungsfähigkeit zurück gibt, damit sie ihren sozialen Auftrag erfüllen kann und bedürftigen Kindern die soziale Teilhabe ermöglichen kann.

⁹ Das Arbeitslosengeld II beträgt für eine Alleinstehende derzeit 351 Euro, eine kostengünstige Beerdigung kostet „all inclusive“ 4000 Euro aufwärts.



Im Namen des sozialen Friedens: Umverteilung und eine gute Lohn- und Arbeitsmarktpolitik

Die Forderung nach „Umfairteilung“ ist zur Metapher für eine gerechte Gesellschaft geworden. Eine Umverteilung setzt ein großes Maß an Steuergerechtigkeit voraus. Zum Beispiel dadurch, dass Kapitaleinkommen ähnlich wie Arbeitseinkommen versteuert werden müssen. Es braucht aber ebenfalls eine Anhebung der Spitzensteuersätze und der Erbschaftssteuer, denn es ist unumstritten, dass starke Schultern mehr Verantwortung übernehmen müssen als schwache. Es braucht aber auch ein Ende des Ehegattensplittings zugunsten einer besseren Förderung der Kinder.

Die Mehreinnahmen durch eine gerechte Steuerverteilung würden die staatlichen Gestaltungsspielräume vergrößern und die einkommensschwachen Haushalte erreichen.

Unabhängig davon muss der Arbeitsmarkt reformiert werden, denn nur mit gerecht entlohnter Arbeit, werden Menschen von Transferleistungen wie Sozialhilfe unabhängig und können sich eine Rentenanwartschaft aufbauen, um auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Damit Menschen von ihrer Arbeit leben können und später nicht durch Altersarmut von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgegrenzt brauchen wir einen Ausbau der sozialversicherungspflichtigen Jobs. Wir brauchen einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro, weniger befristete Arbeitsverträge (nur mit Begründung) und die Gleichstellung der Leiharbeit mit den Bedingungen normaler Beschäftigungsverhältnisse.

Im Namen des sozialen Friedens müssen wir der sozialen Gerechtigkeit absolute Priorität einräumen. Dazu gehört auch die Teilhabe aller Arbeitnehmerinnen am Wirtschaftswachstum – denn sie sind schließlich diejenigen, die durch ihre Erwerbsarbeit für den nachhaltigen materiellen und sozialen Wohlstand des Landes sorgen.

Ein dringendes Korrektiv brauchen wir deshalb für die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Deutschland als Industriestaat ist in dieser Frage ein Entwicklungsland – ein Land mit geringer Wertschätzung der Arbeit von Frauen.

Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt in der BRD eindeutig benachteiligt. Rund 81 Prozent der Betriebe im Westen und 64 Prozent der Betriebe im Osten zahlen Frauen bei gleicher Arbeit ein geringeres Gehalt als Männern. In diesem Zusammenhang spricht man von einem Pay Gap von 22 Prozent¹⁰.

Häufig wird angeführt, dass die Entgeltlücke von 22 Prozent mit unterschiedlicher Ausbildung und Bildung zusammenhängt, mit der typischen weiblichen Berufswahl oder selbstgewählten Arbeitszeitmodellen bzw. Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Kindererziehungszeiten und der Pflege von Angehörigen.

¹⁰ OECD Studie, siehe oben



Obwohl es in Deutschland ein Diskriminierungsverbot bei der Entlohnung gibt gehört die Ausgrenzung zum Arbeitsalltag von Frauen. Es wird dabei zwischen unmittelbarer und mittelbarer Entgeltdiskriminierung unterschieden.

Entgeltdiskriminierung wirkt unmittelbar und direkt, wenn eine Akademikerin als Nachfolgerin eines Mannes mit gleicher Qualifikation und Berufserfahrung im Monat beispielsweise 1000 Euro weniger verdient¹¹. Oder wenn Frauen innerhalb eines Unternehmens bei gleicher Tätigkeit weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen – unabhängig ob als Vollzeitbeschäftigte, in Teilzeit oder im Minijob tätig. Hier wird Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte missachtet wo es heißt: Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Frauen sind von einer mittelbaren Lohndiskriminierung betroffen, wenn „typische“ Frauenberufe schlechter bezahlt werden als „typische“ Männerberufe. Die mittelbare Diskriminierung ist schwieriger aufzudecken, denn hier geht es um den Grundsatz: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Da können wir eine unterschiedliche Wertschätzung festmachen. Typische Frauenberufe, in denen soziale Kompetenzen im Vordergrund stehen, werden finanziell schlechter bezahlt.

Gegen diese Form der Ungerechtigkeit regt sich breiter Widerstand.

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit umsetzen

Frauenverbände, Gewerkschaften, Oppositionsparteien und die Kirchenbasis sind sich einig: Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ muss endlich umgesetzt werden. Dazu braucht es ein Gesetz zur Verhinderung von Entgeltdiskriminierung, denn freiwillige Regelungen waren bisher nicht zielführend.

Beim ausstehenden Entgeltgleichheitsgesetz geht es nicht nur darum, dass gleiche Arbeit den gleichen Lohn verdient, sondern Frauen fordern, dass gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit Standard wird. Dazu braucht es eine faire Bewertung von Arbeitsanforderungen und Tätigkeiten unabhängig davon, ob es sich um typische Frauen- oder Männerberufe handelt.

Durch diesen Perspektivenwechsel wird der gesellschaftliche Wert, beziehungsweise die gesellschaftliche Wertschöpfung durch „typisch“ weibliche Arbeit in den Fokus gerückt werden. Dieser Mehr-Wert, der dann sichtbar werden wird, muss sich zukünftig in der Bezahlung der Hebammen, Pflegenden und Erzieherinnen widerspiegeln.

Frauen sind zum Spagat zwischen Familie und Beruf bereit wenn sie ihre Kinder tagsüber gut versorgt wissen. Nur wenn es ausreichend gute Kinderbetreuungsplätze gibt, können Frauen aus der Minijob- und Teilzeitfalle ausbrechen.

Natürlich ist es stimmig eine steuerfinanzierte Garantierente für alle Versicherten zu fordern, die 30 oder mehr Versicherungsjahre in die gesetzliche Rentenversicherung

¹¹ Beate Müller-Gemmeke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte bei einer Rede im Bundestag am 14.6.2012: Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgebot für Frauen und Männer



Dr. Edith Wolber, Bundestagskandidatin
Wahlkreis Rhein-Neckar

einbezahlt haben wie die Grünen es derzeit fordern¹². Das ist aber nur ein Pfeiler gegen Altersarmut, die vor allem Frauen mit lückenhafter Erwerbsbiographie und Kindererziehungszeiten betrifft.

Der zweite Pfeiler gegen weibliche Altersarmut ist eine bessere Bezahlung der typischen Frauenberufe und eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen. Wenn die Verhinderung von Altersarmut ein Hebel zu mehr sozialer Gerechtigkeit sein soll, dann brauchen wir keine Neuauflage der Herdprämie, sondern eine flächendeckende und gute Kinderbetreuung. Wir brauchen eine gerechte Bezahlung, das heißt ein Equal Pay für alle Formen der Arbeit inklusive der Leiharbeit¹³. Nur dann können Frauen während ihrer Erwerbsarbeit davon gut leben und eigenständige Rentenansprüche erwerben, um auch im Alter finanziell abgesichert leben können. Mit vereinten Kräften müssen wir aus dem derzeitigen Teufelskreis aussteigen, an dessen Anfang niedrige Einkommen und an dessen Ende Altersarmut steht.

Dr. Edith Wolber

(März 2013)

¹² Fraktionsbeschluss von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.11.2012 zur Garantierente

¹³ Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte im Deutschen Bundestag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <http://www.mueller-gemmeke.de/>